Stand: 17.11.2025 03:19:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4477

"Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/4477 vom 26.11.2014
- 2. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 27.11.2014
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5330 des VF vom 28.01.2015
- 4. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 26.02.2015
- 5. Beschluss des Plenums 17/5687 vom 11.03.2015
- 6. Plenarprotokoll Nr. 40 vom 11.03.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

26.11.2014 Drucksache 17/4477

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens

Der Landtag wolle beschließen:

Die Ausschüsse Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und Eingaben und Beschwerden führen eine Anhörung zum Thema "Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens" durch.

Ziel der Anhörung ist es, die aktuellen Regelungen und das Verfahren im Landtag, auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Nutzung von nichtoffiziellen Online-Petitionsportalen, auf seine Effizienz und Bürgerfreundlichkeit hin zu überprüfen, um ggf. eine Entwicklung hin zu einem moderneren Petitionsrecht anzustoßen.

Begründung:

Das Petitionsrecht bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, Akte der Staatsgewalt parlamentarisch überprüfen zu lassen und Anregungen oder Vorschläge an das Parlament zu richten. Zugleich erfahren die Volksvertreter, wo parlamentarischer Handlungsbedarf besteht oder Probleme innerhalb des Gesetzesvollzugs und des administrativen Handelns auftreten. Mit ca. 2.400 Eingaben und Beschwerden jährlich machen die Bürgerinnen und Bürger von ihrem in Art. 115 der Bayerischen Verfassung verbürgten Petitionsrecht rege Gebrauch.

Aufgrund seiner enormen Bedeutung für die parlamentarische Demokratie soll im Rahmen der Anhörung geklärt werden, inwiefern die Notwendigkeit oder die Möglichkeit besteht, die derzeitigen Regelungen im Bayerischen Petitionsgesetz und der Geschäftsordnung des Landtags fortzuentwickeln. Unter anderem sollen dabei das zunehmende Engagement der Bürgerinnen und Bürger auf nichtoffiziellen Online-Beteiligungsplattformen und die Erfahrungen anderer Bundesländer mit deren Ausgestaltung des Petitionsrechts (z.B. durch einen Bürgerbeauftragten oder Ombudsmann) beleuchtet werden.

nen Jahren vorbildlich gezeigt, wie man gegen schwarze Kassen, gegen Korruption und Untreue in Unternehmen effektiv vorgeht. Gegen die schuldhaft handelnden Personen wurden Strafverfahren geführt. Gegen die Unternehmen wurden Geldbußen von über 1 Milliarde Euro nach dem Ordnungswidrigkeitenrecht verhängt und dabei vor allem zu Unrecht vereinnahmte Gewinne abgeschöpft. Wir haben ein effektives Instrumentarium. Man sollte sich aber genau überlegen, ob man mit der Einführung eines Unternehmensstrafrechts in Deutschland die Büchse der Pandora öffnet.

Herr Kollege Schindler, Sie haben mich mit Ihren Ausführungen durchaus bestätigt. Auch ich sehe die Gefahr, dass es selbst bei Betrugs- und Untreue-Taten mit mehrstelligen Millionenschäden nicht mehr zu individuellen Strafverfolgungen kommt, weil es in der Tat komplexe Vorgänge sind und sich scheinbar die Möglichkeit eines leichteren Weges der Strafverfolgung von Unternehmen ergibt, wenn wir ein solches Verbandsstrafrecht einführen würden. Aber das wäre der falsche Weg.

Am Ende bleibt es bei einer Einstellung gegen Zahlung in Milliardenhöhe aus der Unternehmenskasse. Das heißt, die schuldhaften Täter kämen davon, das handlungs- und schuldunfähige Unternehmen würde bestraft. Damit werden vor allem Unbeteiligte bestraft, die die Normverletzung nicht begangen haben und nicht verhindern konnten. Liebe Genossen von der SPD, damit meine ich natürlich nicht in erster Linie die Aktionäre und ihre ausbleibenden Dividenden, sondern vielmehr werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Verbraucher betroffen sein; denn sie müssen am Ende durch einen Lohnverzicht oder durch Preissteigerungen die Zeche zahlen. Schlimmstenfalls führt es zur Aufhebung oder Liquidation eines Unternehmens, wenn man den Weg zu einem Verbandsstrafrecht weitergeht. Das heißt, die Arbeitnehmer wären letztlich die Betroffenen.

Das Unternehmensstrafrecht ist ein absolutes No-Go. Die Einführung eines Unternehmensstrafrechts wäre ein Verfassungsbruch und wird deshalb von der Bayerischen Staatsregierung mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, damit dieser rechtsstaatliche Irrläufer nicht ins Bundesgesetzblatt kommt. Sollte einmal ein Vorschlag wie der von Nordrhein-Westfalen mehrheitsfähig werden - auch das kann ich bereits ankündigen -, werden wir diesen Vorschlag sehr genau in den Blick nehmen und prüfen, ob wir dann gegebenenfalls mit einem abstrakten Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht dagegen vorgehen. Der Gang nach Karlsruhe wäre dann eine echte Option. Gott sei Dank sind wir im Vorfeld nicht in einer solchen Situation. Ich hoffe nicht, dass sie eintritt. Wir werden auf jeden Fall alles tun, was uns möglich ist, um diesen Irrweg so schnell wie möglich aus der Diskussion zu verdrängen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/4471 betreffend "Geltendes Recht konsequent anwenden und fortentwickeln – Gegen die Einführung eines Unternehmensstrafrechts" seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte! – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/4472 bis 17/4475, 17/4477 und 17/4478 sowie die Drucksachen 17/4498 bis 17/4501 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Da ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Erreichung der Klimaschutzziele durch Reduktion der Kohleverstromung", Drucksache 17/4470. Mit Ja haben 61, mit Nein haben 73 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen: eine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Da ist ferner der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Professor (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Klimaziele erreichen durch Erneuerbare Energien – Dezentrale Energiewende statt (Kohle-)Stromtrassen", Drucksache 17/4497. Mit Ja haben 12, mit Nein haben 122 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen: drei. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/5330 28.01.2015

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/4477

Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens

Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Florian Streibl Berichterstatter: Mitberichterstatter: Jürgen W. Heike

II. Bericht:

- 1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 28. Sitzung am 4. Dezember 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Enthaltung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 25. Sitzung am 28. Januar 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: 9 Zustimmung, 1 Enthaltung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Franz Schindler

Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummer 18, die einzeln beraten werden soll, und die Listennummer 23, die im Einvernehmen der Fraktionen abgesetzt werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dienstfahrzeuge für die Bayerische Eich- und Beschussverwaltung Drs. 17/2519, 17/5151 (A) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt hat

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Master-Plätze ausbauen – Hürden zwischen Bachelor und Master abbauen! Drs. 17/2548, 17/5231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

Anlage 1
zur 38. Vollsitzung am 26. Februar 2015

3.	Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Erwin Huber, Klaus Stöttner u.a. CSU Nachhaltige und dauerhafte Finanzierung von Kurorten und Heilbädern sicherstellen Drs. 17/2783, 17/5152 (E)			
	Votum des federführe Staatshaushalt und Fi	nden Ausschusses für nanzfragen		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
4.		ınd Fraktion (BÜNDNI) n nach Bulgarien ausse	S 90/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführe Verfassung, Recht un	nden Ausschusses für d Parlamentsfragen		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	ENTH	
5.	Suchtprävention bei J Datengrundlage für di Drs. 17/3655, 17/5331	PD ne stark machen – ges ugendlichen – e Arbeit vor Ort schaffe	undheitliche Vorsorge en	verbessern I:
	Gesundheit und Pfleg			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			

Anlage 1
zur 38. Vollsitzung am 26. Februar 2015

6.	Inge Aures u.a. SPD Kurswechsel in der eu	eten Hans-Ulrich Pfaffr uropäischen Flüchtling - solidarisch handeln – 4 (A)	spolitik 1:	
	Votum des mitberater	FREIE WÄHLER gem nden Ausschusses für angelegenheiten sowie		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
7.	Inge Aures u.a. SPD Kurswechsel in der et	eten Hans-Ulrich Pfaffr uropäischen Flüchtling äisches Asylsystem (G 5 (A)	spolitik 2:	
	Votum des federführe Verfassung, Recht un	nden Ausschusses für d Parlamentsfragen		
	csu	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
8.	Inge Aures u.a. SPD Kurswechsel in der et	eten Hans-Ulrich Pfaffr uropäischen Flüchtling Quotenregelung gerec 5 (A)	spolitik 3:	pacher
	Votum des federführe Verfassung, Recht un	nden Ausschusses für d Parlamentsfragen		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			

Anlage 1
zur 38. Vollsitzung am 26. Februar 2015

9.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 4: Fluchtursachen bekämpfen, Entwicklungshilfe verstärken Drs. 17/4068, 17/5327 (A)				
	Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen				
	csu	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
10.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib u.a. SPD Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 5: Gesamteuropäisches Einwanderungs- und Integrationskonzept erarbeiten Drs. 17/4069, 17/5328 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
11.	Antrag der Abgeordnet Joachim Unterländer u Probleme in der Pflege Drs. 17/4170, 17/5332	i.a. CSU e beheben – Überprüfu			
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU) Europäische Bankenabgabe Drs. 17/4177, 17/5292 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Berechtigte Ansprüche ehemaliger Heimkinder erfüllen – Laufzeit des Fonds Heimerziehung verlängern und Fondsmittel bedarfsorientiert aufstocken Drs. 17/4180, 17/5177 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)

Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe überarbeiten

Drs. 17/4192, 17/5293 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bankenabgabe für Sparkassen- und Genossenschaftsbanken verhindern Drs. 17/4193, 17/5294 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
 Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Konzept für eine Informationsstelle gegen Flucht und Vertreibung in Prag Drs. 17/4316, 17/5178 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		ENTH

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Betäubung von Schweinen mit Helium Drs. 17/4317, 17/5141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bekämpfung der Ursachen sogenannter Armutsmigration in den Herkunftsländern Drs. 17/4319, 17/5302 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. SPD Sozialen Wohnungsbau in den Kommunen fördern Drs. 17/4322, 17/5180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD

Die Realschulen nicht alleine lassen – kleinere Klassen, mehr guten Ganztag, mehr Förderung für gymnasial geeignete Schülerinnen und Schüler Drs. 17/4442, 17/5215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. und Fraktion (SPD)

Keine Abschiebungen nach Afghanistan – Abschaffung von Kettenduldungen

Keine Abschiebungen nach Afghanistan – Abschaffung von Kettenduldungen Drs. 17/4455, 17/5329 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. und Fraktion (CSU) Plattform Gesundheitswirtschaft Drs. 17/4475, 17/5295 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens Drs. 17/4477, 17/5330 (ENTH)

Der Antrag wird im Einvernehmen mit den Fraktionen abgesetzt

 Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Reinhold Strobl u.a. SPD Novembersteuerschätzung 2014 und Auswirkungen auf den Staatshaushalt 2015/2016 Drs. 17/4488, 17/5150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

25.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
	Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
	Gesundheitswirtschaft – Prävention verbessern und Kur- und Heilbäder mehr fördern!
	Drs. 17/4500, 17/5297 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umsetzung der interfraktionellen Resolution zur Aufarbeitung der Situation ehemaliger Heimkinder in Bayern und zur Umsetzung des Fonds Heimerziehung auf Bundesebene Drs. 17/4508, 17/5181 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

27. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU Fonds Heimerziehung in der Bundesrepublik in den Jahren 1949 bis 1975 Drs. 17/4605, 17/5183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD) Informationen über die Sekte "Zwölf Stämme" weitergeben! Drs. 17/2553, 17/5298

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD Bodensee-Schifffahrts-Ordnung (BSO) Drs. 17/3189, 17/5158

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung Drs. 17/3293, 17/5162

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
 Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Hände weg vom § 13a Einkommensteuergesetz – vereinfachte Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen erhalten
 Drs. 17/3716, 17/5147 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD Berichtsantrag zur Breitbandversorgung von Schulen in Bayern Drs. 17/4324, 17/5163

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine restriktiven Vorgaben für die Testphase zur Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums Drs. 17/5028, 17/5165

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Abgrenzung der FFH-Meldungen bürger- und kommunalfreundlicher gestalten – Mehr Zeit für aufwändige Recherche Drs. 17/5033, 17/5194

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Informationsmaterialien zur "Mittelstufe Plus" zur Verfügung stellen Drs. 17/5202, 17/5291

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) ÖPNV-Förderung: Ländlichen Raum und Mittelstand nicht benachteiligen Drs. 17/4473, 17/5245 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

11.03.2015 **Drucksache** 17/5687

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/4477, 17/5330

Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens

Die Ausschüsse für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und Eingaben und Beschwerden führen eine Anhörung zum Thema "Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens" durch.

Ziel der Anhörung ist es, die aktuellen Regelungen und das Verfahren im Landtag, auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Nutzung von nichtoffiziellen Online-Petitionsportalen, auf seine Effizienz und Bürgerfreundlichkeit hin zu überprüfen, um ggf. eine Entwicklung hin zu einem moderneren Petitionsrecht anzustoßen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit, eine Landesgrenzänderung und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit hat der Landtag über diese Voten entschieden.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit, eine Landesgrenzänderung und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Januar 2015 (Vf. 1-VII-15) betreffend

Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 9 Abs. 1 Sätze 4 und 5, § 9 a Abs. 2 Nr. 3 Alt. 2 und Abs. 5 bis 8, § 27 Abs. 1 Sätze 2 und 3, Abs. 2 sowie des § 29 Abs. 5 des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV) vom 30. Juni 2012 (GVBI S. 318, 319, BayRS 2187-4-I)

PII-G-1310.15-0001 Drs. 17/5565 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

zur 40. Vollsitzung am 11. März 2015

Anträge

 Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zur Landesgrenzänderung zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg im Zuge des Flurneuordnungsverfahrens Wittighausen-Vilchband, Landkreis Main-Tauber-Kreis/Landkreis Würzburg Drs. 17/4818, 17/5577 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens Drs. 17/4477, 17/5330 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
ENTH	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Studiengänge und Professuren für Pflegewissenschaft Drs. 17/4601, 17/5551 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

zur 40. Vollsitzung am 11. März 2015

 Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. CSU Internationalisierung der bayerischen Hochschulen Drs. 17/4699, 17/5376 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Margit Wild u.a. SPD Tätigkeitsbericht der Staatsregierung im Kampf gegen Crystal Meth Drs. 17/4807, 17/5399 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

7. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Martin Schöffel, Thomas Huber u.a. CSU

Förderung gemeinschaftlicher und öffentlicher Maßnahmen nach den Dorferneuerungsrichtlinien – Anhebung der Fördersätze für gemeinschaftliche und öffentliche Maßnahmen der Dorferneuerung für Gemeinden, die sich im Stabilitäts- und Konsolidierungsprogramm befinden, prüfen Drs. 17/4815, 17/5482 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

zur 40. Vollsitzung am 11. März 2015

 Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU Förderung gemeinschaftlicher und öffentlicher Maßnahmen nach den Dorferneuerungsrichtlinien – Sockelförderung in der Dorferneuerung in Höhe von 25 Prozent der zuschussfähigen Kosten prüfen Drs. 17/4817, 17/5483 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Verwaltungsverfahren Drs. 17/3211, 17/5570

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
 Menschenunwürdige Wohnbedingungen verhindern – Bessere Eingriffsmöglichkeiten für Gemeinden schaffen!
 Drs. 17/4472, 17/5583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat